



Bekanntmachung

Gremium: Ausschuss für Stadtentwicklung

Datum: Dienstag, 28.05.2024

Beginn: 17:00 Uhr

Ort: Aula der Antoniuschule, Antoniusstraße 5 – 7, 59269 Beckum

Hinweise: Alle Einwohnerinnen und Einwohner sind zum öffentlichen Teil der Sitzung herzlich eingeladen.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
- 2 Bericht der Verwaltung
- 3 Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der WWU Wind GmbH
- 4 Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der WS Consulting
- 5 Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der VenSol Neue Energien GmbH
- 6 Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der WestfalenWIND GmbH
- 7 Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der Betreibergemeinschaft Tentrup-Beckstedde
- 8 Windenergie in Beckum - Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Entwicklung
- 9 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Nicht öffentlicher Teil:

- 1 Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Beckum, den 17.05.2024

gezeichnet
Christoph Tentrup-Beckstedde
Vorsitz



Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der WWU Wind GmbH

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
28.05.2024 Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Projektvorstellung der WWU Wind GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge – Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Die geplanten 12 Anlagenstandorte befinden sich überwiegend nicht innerhalb der im Masterplan Erneuerbare Energien (MEE) dargestellten Potenzialflächen für Windenergie. Hierdurch lebt der mit der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Beckum (FNP) verbundene Auftrag der Politik wieder auf, über die Steuerung der Windenergie zu entscheiden (vergleiche Vorlage 2024/0137).

Das Vorhaben wird in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung durch Vertretungen der WWU Wind GmbH, Berliner Platz 8 aus 48143 Münster vorgestellt.

Von der WWU Wind GmbH wurde im Vorfeld bereits übermittelt, dass sie hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten gemäß dem neuen Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen – Bürgerenergiegesetz NRW (BürgEnG) aufgeschlossen ist.

Anlage(n):

Standortübersicht im Kontext

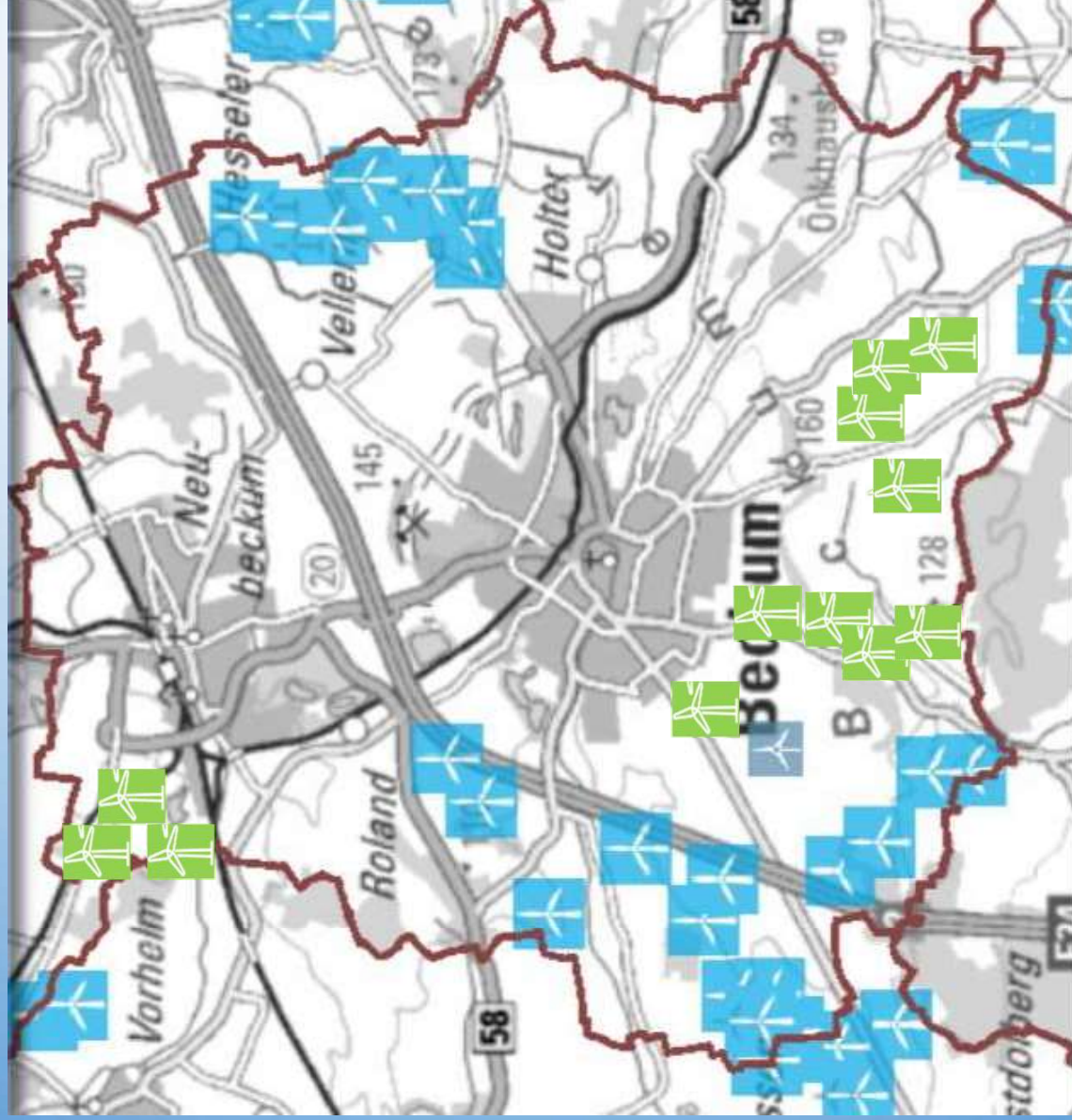
TOP Ö 3

Anlage zur Vorlage 2024/014

Unsere Planung im Kontext

Unsere 12 Windkraft-Standorte in Neubeckum West und Südbeckum fügen sich in den bereits vorhandenen Windkraft-Bestand ein.

Sie erhöhen die Nennleistung des Beckumer Windstroms um 76,4 MW.



Quelle: Energieatlas NRW



Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der WS Consulting

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
28.05.2024 Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Projektvorstellung WS Consulting wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

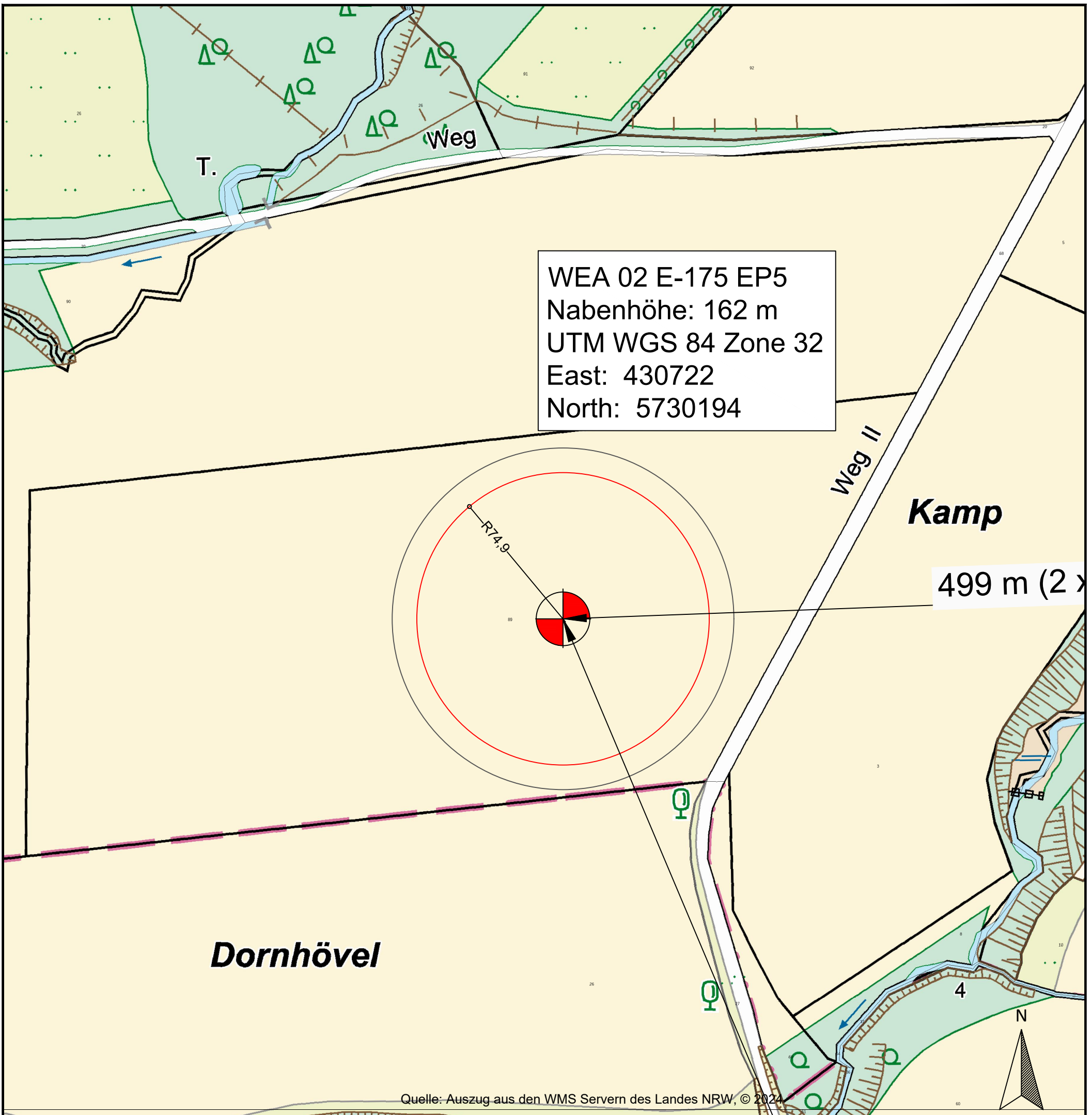
Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge – Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Von den 2 geplanten Anlagenstandorten befindet sich 1 auf Beckumer Stadtgebiet. Der Standort befindet sich in einem räumlichen Zusammenhang mit bereits errichteten WEAs, jedoch nicht innerhalb der im Masterplan Erneuerbare Energien (MEE) dargestellten Potenzialflächen für Windenergie. Hierdurch lebt der mit der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Beckum (FNP) verbundene Auftrag der Politik wieder auf, über die Steuerung der Windenergie zu entscheiden (vergleiche Vorlage 2024/0137).

Das Vorhaben wird in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung durch Vertretungen der WS Consulting, Herr Daniel Lewandowski, Uffeln Mitte 23, 49479 Ibbenbüren, vorgestellt.







Anlage(n):

Lageplan



Quelle: Auszug aus den WMS Servern des Landes NRW, © 2024

Legende

-  Windenergieanlage
-  Rotor/ Grenzabstand
-  opt. bedrängende Wirkung
-  2 x Gesamthöhe der Anlage
-  Bestand / Rückbau geplant
-  Wohngebäude



Standort Soest
 Werkstraße 6, 59494 Soest
 Tel.: 0 2921 / 3506-185, Fax: 0 2921 / 3506-149

Bauherr:		Standort: Lippetal		Entwurfsverfasser:	
Bauvorhaben: Errichtung und Betrieb von drei Windenergieanlagen des Typs Enercon E-175 EP5 mit verschiedenen Nabenhöhen		Zeichnung: Lageplan - WEA 02		Vorabzug	
Gez: H.HILLE	Datum: 25.04.2024	geändert: -	Datum: -	Maßstab: 1:2.000	Blatt: A3
				O-Nummer: 20248	W-Nummer: -
				Rev.: 001	



Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der VenSol Neue Energien GmbH

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
28.05.2024 Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Projektvorstellung der VenSol Neue Energien GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge – Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Der geplante Anlagenstandort befindet sich nicht innerhalb der im Masterplan Erneuerbare Energien (MEE) dargestellten Potenzialflächen für Windenergie. Hierdurch lebt der mit der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Beckum (FNP) verbundene Auftrag der Politik wieder auf, über die Steuerung der Windenergie zu entscheiden (vergleiche Vorlage 2024/0137).

Das Vorhaben wird in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung durch Vertretungen der VenSol Neue Energien GmbH, Marktplatz 2, 87727 Babenhausen, vorgestellt.

Anlage(n):

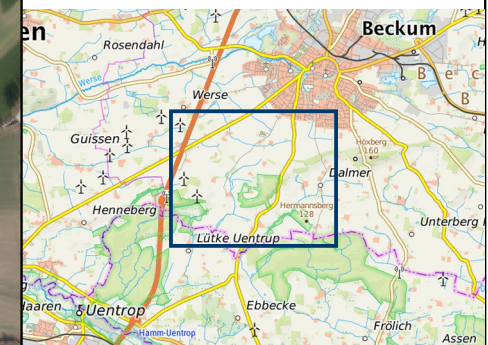
Lageplan

TOP Ö 5

Anlage zu Vorlage
2024/0142

Projekt Beckum-Pflugloch	
Bundesland Nordrhein-Westfalen	Landkreis Warendorf
Kommune Beckum	Gemarkung Beckum
Regionaler Planungsverband Münsterland	
Stand 12.03.2024	Software QGIS
0 100 200 300 400 500 m	

Karteninhalt
Lageplan
Standort "Beckum-Pflugloch"



- WEA-Standort VenSol
- genehmigte/ Bestands-WEA



VenSol Neue Energien GmbH

Marktplatz 2
87727 Babenhausen

Fest: +49 8333 92328-0
Fax: +49 8333 92328-10
Mail: info@vensol.de
Web: www.vensol.de



Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der WestfalenWIND GmbH

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
28.05.2024 Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Projektvorstellung der WestfalenWIND GmbH wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge – Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Von den 3 geplanten Anlagenstandorten befinden sich 2 auf Beckumer Stadtgebiet. Sie befinden sich nicht innerhalb der im Masterplan Erneuerbare Energien (MEE) dargestellten Potenzialflächen für Windenergie. Hierdurch lebt der mit der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Beckum (FNP) verbundene Auftrag der Politik wieder auf, über die Steuerung der Windenergie zu entscheiden (vergleiche Vorlage 2024/0137).

Das Vorhaben wird in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung durch Vertretungen der WestfalenWIND GmbH, Vattmannstraße 6, 33100 Paderborn, vorgestellt.

Anlage(n):

Lageplan

TOP Ö 6



Anlage zu Vorlage 2024/0143

WestfalenWIND Planung

WestfalenWIND Planungs GmbH & Co. KG
Vattmannstr. 6
33100 Paderborn
Tel: 05251 6825 - 70

Legende

- E175 162m NH
- Rotor
- Turbulenz 2,5 x GH
- optisch bedrängende Wirkung 2 x GH
- gesicherte Fläche

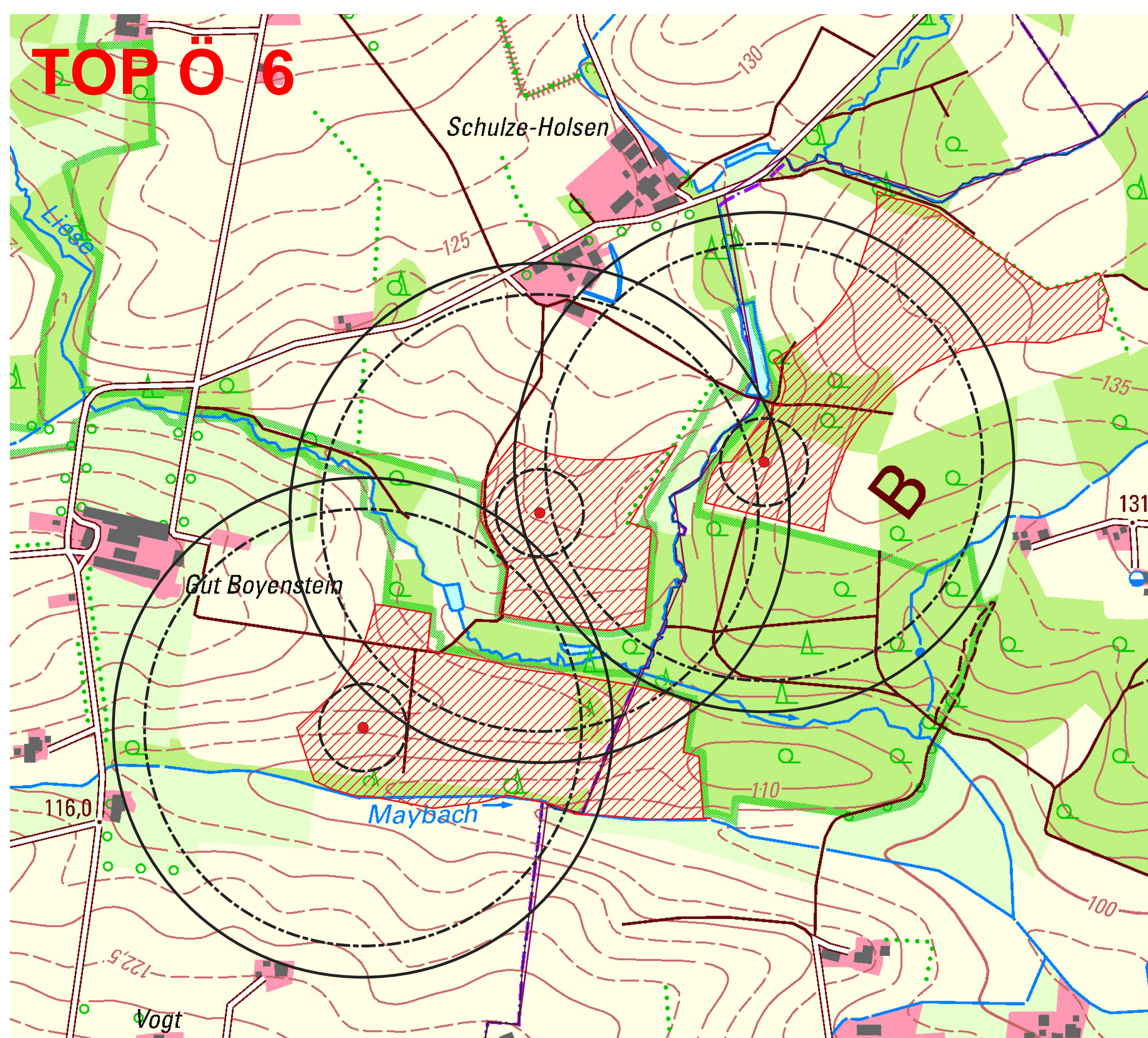
Kartengrundlage: DTK25 Farbe

Bearbeiter: Steffen Middelman,
03.05.2024

0 100 200 m



1:7.103,2





Windenergie in Beckum - Projektvorstellung der Betreibergemeinschaft Tentrup-Beckstedde

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung
28.05.2024 Kenntnisnahme

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Projektvorstellung der Betreibergemeinschaft Tentrup-Beckstedde wird zur Kenntnis genommen.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

Die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) erfolgt auf Grundlage des Gesetzes zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge – Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Der geplante Anlagenstandort befindet sich nicht innerhalb der im Masterplan Erneuerbare Energien (MEE) dargestellten Potenzialflächen für Windenergie. Hierdurch lebt der mit der 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Beckum (FNP) verbundene Auftrag der Politik wieder auf, über die Steuerung der Windenergie zu entscheiden (vergleiche Vorlage 2024/0137).

Das Vorhaben wird in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vorgestellt.

Anlage(n):

Lageplan

TOP Ö 7





Windenergie in Beckum - Grundsatzentscheidung zur zukünftigen Entwicklung

Federführung: Fachbereich Stadtentwicklung

Beteiligungen:

Auskunft erteilt: Herr Denkert | 02521 29-6000 | denkert.u@beckum.de

Beratungsfolge:

Ausschuss für Stadtentwicklung

28.05.2024 Beratung

Ausschuss für Stadtentwicklung

12.06.2024 Beratung

Rat der Stadt Beckum

02.07.2024 Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

- ohne -

Kosten/Folgekosten

Es entstehen Sach- und Personalkosten, die dem laufenden Verwaltungsbetrieb zuzuordnen sind.

Finanzierung

Es entstehen keine zusätzlichen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Erläuterungen:

In der Beratung zur Aufhebung der Konzentrationszonen für die Windenergie im Flächennutzungsplan der Stadt Beckum (FNP) im Jahr 2016 wurde die Verwaltung beauftragt, die weitere Entwicklung zu beobachten und auf mögliche Notwendigkeiten zur erneuten Steuerung hinzuweisen. Neben den bereits aktiven 26 großen Windenergieanlagen (WEA) im Stadtgebiet befinden sich derzeit 11 WEA in Beckum im Bau oder in Vorbereitung (wie bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung vorgestellt). Für weitere 17 WEA bestehen derzeit Vorüberlegungen. Die Projekte sollen parallel mit dieser Vorlage vorgestellt werden.

Bewertung der Entwicklung der Windenergie in Beckum

Masterplan Erneuerbare Energien 2013 und Entwicklung bis heute

Bereits im Jahr 2013 hat die Stadt Beckum mit dem Masterplan Erneuerbare Energien (MEE) Leitlinien für die Entwicklung von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien aufgestellt. Zielsetzung war es dabei auf der einen Seite einen signifikanten Beitrag zur Energiewende zu leisten und die Stadt Beckum – rechnerisch – energieautark zu machen beziehungsweise zu 100 Prozent mit erneuerbarer Energie versorgen zu können.

Auf der anderen Seite sollten Bürgerinnen und Bürger und landwirtschaftliche Betriebe "mitgenommen" werden und Sichräume von Energieerzeugungsanlagen freigehalten und landwirtschaftliche Produktionsflächen erhalten werden.

Die Windenergie sollte dabei den Hauptteil dieser Energieleistung erbringen, da deren technische und räumliche Potentiale weitaus größer waren (und sind) als die der anderen regenerativen Energieerzeugungsmethoden.

Mit der 13. Änderung des FNP zur Aufhebung der noch aus den 1990er Jahren stammenden – sehr kleinen – Konzentrationszonen und Neuausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergie, die den Anforderungen an die Anlagentechnik und dem Anspruch des Zieles der Energieautarkie entsprechen, sollten hierfür die Weichen gestellt werden.

Mit der Ausweisung großzügiger Konzentrationszonen für die Windenergie (vergleiche Anlage 2) wurde für die Windenergie substantiell Raum vorgesehen. Dieser konzentrierte sich nach einem umfassenden Analyseverfahren unter Ausscheidung harter – wie Siedlungsraum und Naturschutz – und weicher Tabukriterien, zum Beispiel Städtebau und Landschaftsbild, auf den Westen des Gemeindegebietes sowie auf den Nordosten; beides Bereiche, in denen sich bereits WEA befanden.

Der Norden des Gemeindegebietes schied als Standort vor allem aufgrund der Siedlungsdichte aus. Der Süden sollte aufgrund der besonderen Sensibilität des Landschaftsbildes mit den Beckumer Bergen und der Höxbergstufe von WEA freigehalten werden. In die Bewertung floss dabei auch die Heraushebung der Beckumer Berge schon auf übergeordneter Ebene im Regionalplan ein sowie der freie Blick von der Soestwarte nach Süden, da in diesem Landschaftsraum noch keine WEA errichtet wurden.

Obwohl die 13. Änderung des FNP von der Bezirksregierung nicht genehmigt wurde und daraufhin mit der 16. Änderung des FNP lediglich die bisherigen – zu kleinen – Konzentrationszonen aufgehoben wurden, sind diese 2 freien Korridore bis heute weitestgehend erhalten geblieben. Der Arbeitsauftrag an die Verwaltung aus der 16. Änderung des FNP, die Entwicklung zu beobachten und darauf hinzuweisen, wenn ein erneutes Steuerungsbedürfnis entstehe, hat bisher nicht zu einem neuerlichen Planungsbedürfnis geführt.

Heutige Situation

Das 1. Ziel des MEE ist zwischenzeitlich erreicht. Der Energiebedarf der Beckumer Bevölkerung lässt sich – rechnerisch – zu 100 Prozent aus auf Beckumer Stadtgebiet erzeugter regenerativer Energie befriedigen (mit Ausnahme der energieintensiven Zementindustrie).

Durch die Weiterentwicklung der technischen Parameter der WEA (insbesondere Höhe, Abschaltmodi) und gewachsene Erkenntnisse zu den Konfliktsituationen mit der Umwelt (insbesondere Flugverhalten windenergiesensibler Vogel- und Fledermausarten, Ausgleichsmaßnahmen) können weiterhin Anlagen errichtet werden – auch an Standorten, die zum Kenntnisstand im Jahr 2013 noch nicht verfügbar schienen beziehungsweise waren. Diese Anlagen verdichten zum Teil die bereits bestehenden WEA-Zonen (zum Beispiel Erweiterung Wersewind), ermöglichen nun aber erstmals auch die Inanspruchnahme neuer, bisher von WEA frei gehaltener Räume im Beckumer Stadtgebiet. Hierdurch lebt der mit der 16. Änderung des FNP verbundene Auftrag der Politik wieder auf, über die Steuerung der Windenergie zu entscheiden.

Zudem verändern sich derzeit die rechtlichen Rahmenbedingungen. Während die Errichtung von WEA im Außenbereich in den vergangenen Jahren nach dem Baugesetzbuch (BauGB) privilegiert war, wird sie spätestens mit Wirksamkeit des nächsten Regionalplanes außerhalb der darin festgelegten Windenergiegebiete nur noch durch Bauleitplanung der Kommune ermöglicht werden können. Im Regionalplanentwurf Münsterland weist die Bezirksregierung Münster künftig eine Fläche von insgesamt rund 15.500 Hektar für Windenergie aus. Damit ist die Forderung des Landes nach 2,13 Prozent der Fläche der Kreise Coesfeld, Borken, Steinfurt und Warendorf sowie der Stadt Münster für WEA erfüllt. Erklärte Zielsetzung der Bezirksregierung Münster ist hierbei einerseits ein zügiger Ausbau der Windenergie, andererseits aber auch die „nötige Sensibilität für den Erhalt der Parklandschaft des Münsterlands“. In der Übergangszeit bis zum Entfall der Privilegierung (sobald die im Windenergieflächenbedarfsgesetz bezeichneten Flächenbeitragswerte des Landes gemäß § 5 Absatz 1 oder Absatz 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes erreicht sind) setzt die Errichtung von WEA außerhalb der festgelegten Windenergiegebiete das Gemeindliche Einvernehmen voraus. Näheres hierzu regelt der „Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit“ vom 21.09.2023 (siehe Anlage 3).

Um hier Transparenz und Planungssicherheit für mögliche Antragstellerinnen und Antragsteller aber auch die Politik in Beckum zu schaffen, sollte im zuständigen politischen Gremium daher festgelegt werden, wie mit zukünftigen Anträgen zur Errichtung von WEA umgegangen werden soll.

Entwicklungsszenarien/ Ausblick

Als Grundlage für die Beurteilung der zentralen Fragen, wie sich in Beckum zukünftig die Windenergie entwickeln soll beziehungsweise welches Gewicht dem Ausbau der Windenergie in der Abwägung gegenüber anderen Belangen (Siedlungsflächenentwicklung, Schutz des Landschaftsbildes, Naturschutz, Naherholungsqualität/Tourismus, et cetera) zukommen soll, hat die Verwaltung die nachfolgenden Entwicklungsszenarien erstellt.

Entwicklungsszenario 1 – Vorrang für die Energiewende

Die Windhöffigkeit ist im gesamten Beckumer Stadtgebiet ausreichend und gleichmäßig. Die bisherige Einschränkung durch den Artenschutz kann zunehmend durch technische Parameter überwunden werden. Ein Großteil des Beckumer Außenbereichs steht damit im Prinzip für die Errichtung von WEA zur Verfügung. Jeder Standort muss auch weiterhin im einzelnen Genehmigungsverfahren nach dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge – Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) allen rechtlichen und technischen Anforderungen (Abstände, Lärm, Erschließung, et cetera) genügen. Im Interesse einer umfassenden und möglichst schleunigen Energiewende könnte insofern auch zukünftig der gesamte Außenbereich für die Windenergie offengehalten werden. Eine entsprechende Darstellung kann voraussichtlich über eine Änderung des FNP erreicht werden. Bebauungspläne sind voraussichtlich nur dann erforderlich, wenn konkretere Steuerungsbedarfe, zum Beispiel zur Sicherung besonderer Abstandsflächen, Eingrünungen, Erschließung, et cetera, notwendig würden.

Entwicklungsszenario 2 – Schutz der Siedlungsränder und Sicherung der Wachstumsmöglichkeiten für den Siedlungsraum

Grundsätzlich soll zwar die Windenergie als wesentlicher Pfeiler der Energiewende analog Entwicklungsszenario 1 ausgebaut werden, gleichzeitig soll aber der Siedlungsrand von einem Heranrücken der WEA freigehalten werden. Zudem soll der Abstand so bemessen sein, dass auch weitere Schritte der Siedlungsentwicklung nach außen möglich bleiben. Hierdurch sichert sich die Stadt Beckum die Möglichkeit, auch zukünftig bedarfsgerecht neue Baugebiete zu entwickeln.

Entwicklungsszenario 3 – Gliederung des Raumes mit Schwerpunkten für alle Nutzungen

Alternativ könnte eine städtebauliche Betrachtung auch sein, dass für die Windenergie wie für alle anderen Raumnutzungen eine gewisse Gliederung des Stadtgebietes erfolgt, um keine flächendeckende Überformung, sondern eine wahrnehmbare Verdichtung der WEA auf der einen und WEA-freie Räume/Blickrichtungen auf der anderen Seite zu erreichen. Zielsetzung wäre dabei auch, die Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung zu erhöhen indem Räume/Blickrichtungen ohne WEA verbleiben. Anknüpfend an die bisherige Beschlusslage der Stadt Beckum, wonach besonders schützenswerte Landschaftsräume im Stadtgebiet von WEA freizuhalten sind, wäre dem Höhenzug der Beckumer Berge im Bereich des Höxberg ein besonderes Gewicht beizumessen. Denn es handelt sich hierbei um einen besonders sensiblen Landschafts- und intensiv genutzten Naherholungsraum, der bisher von WEA und anderer Infrastruktur weitestgehend freigehalten ist (Landschaftsschutzgebiet „Beckumer Berge“).

Entwicklungsszenario 4 – Begrenzung der Windenergie auf die vom Gesetzgeber geforderte Fläche

Mit dem Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (Wind-an-Land-Gesetz) werden den Ländern vom Bundesgesetzgeber Flächenziele für den Ausbau der Windenergie vorgegeben. Nordrhein-Westfalen hat dies im Entwurf des Landesentwicklungsplans umgesetzt und Flächenbeitragsziele für die einzelnen Regierungsbezirke festgelegt. Der Regierungsbezirk Münster hat hierfür eine Raumkulisse in den aktuellen Entwurf zum Regionalplan aufgenommen. Dargestellt werden alle im bisherigen Regionalplan dargestellten Windenergiebereiche sowie die in den Flächennutzungsplänen der Kommunen dargestellten Konzentrationszonen. Diese Flächen zusammen reichen bereits aus, um das rechtlich vorgegebene Flächenbeitragsziel zu erreichen. Sobald dies der Fall ist, also spätestens mit Wirksamkeit des neuen Regionalplans, entfällt die bisherige Privilegierung der Windenergie im Außenbereich. Weitere WEA sind dann, außer in den aus dem Regionalplan übernommenen Windenergiebereichen, nur noch dann zulässig, wenn auf kommunaler Ebene Bauleitplanung dafür betrieben wird.

Weitere Aspekte

Neben der städtebaulichen Möglichkeit die Akzeptanz der Windenergie durch eine räumliche Gliederung zu erhöhen, befördert das seit vergangenem Jahr gültige Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen – Bürgerenergiegesetz NRW (BürgEnG) die Erhöhung der Akzeptanz durch wirtschaftliche Teilhabe der Betroffenen und finanzielle Einnahmen der Stadt. Den Nachbarinnen und Nachbarn einer geplanten WEA ist danach zwingend ein Beteiligungsangebot an dem Vorhaben zu machen.



Alternativ können den Kommunen im Umkreis von 2.500 Meter um den Anlagenstandort bis zu 0,2 Cent/Kilowattstunde eingespeister Leistung gezahlt werden (der Betrag wird gegebenenfalls unter mehreren Kommunen im Umkreis aufgeteilt) – soweit keine anderen Vereinbarungen mit der Kommune getroffen werden. Neben der Gewerbesteuer können der Kommune damit – je nach Leistung – circa 50.000 Euro/WEA/Jahr zufließen.

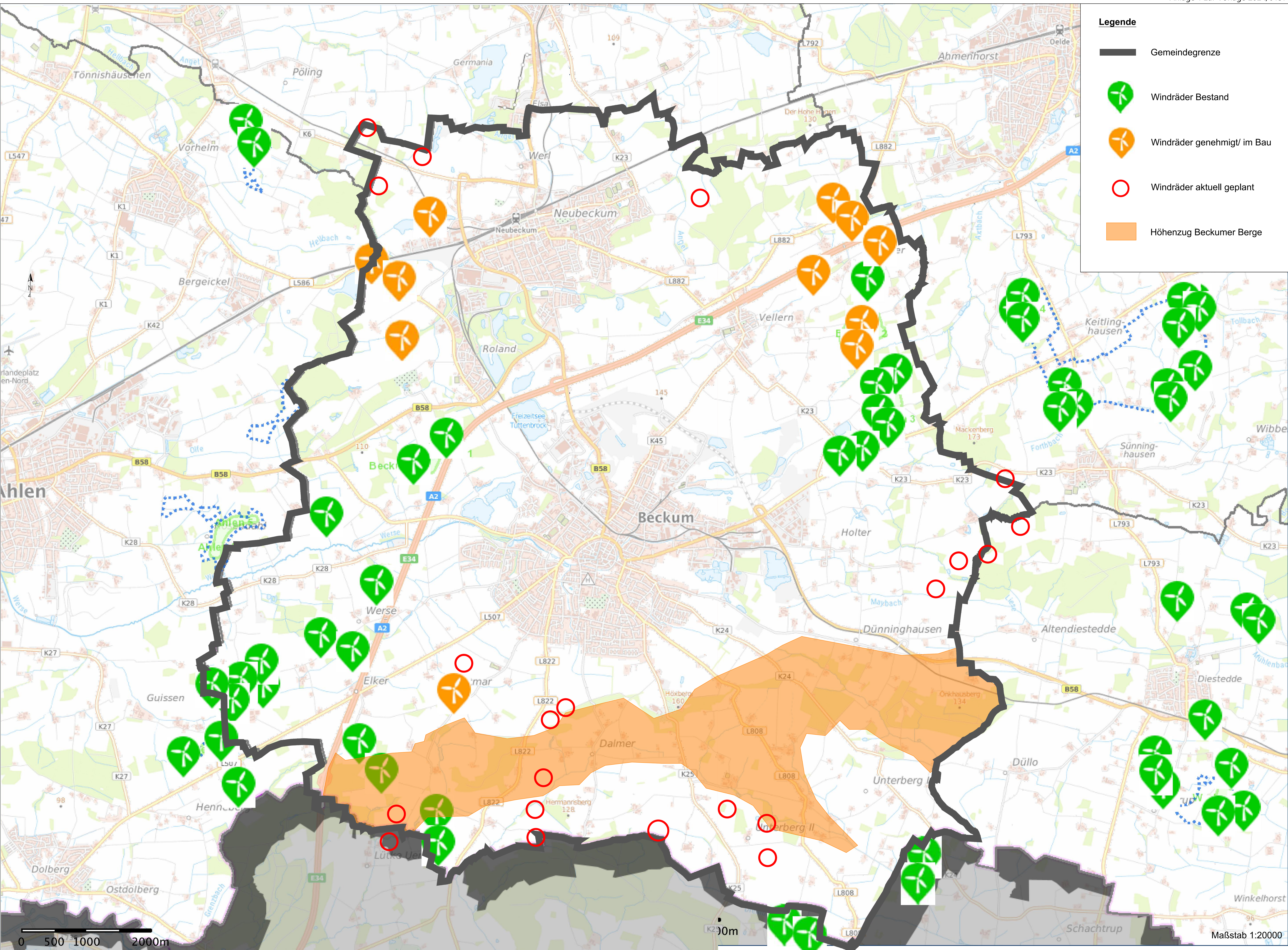
Alle derzeit geplanten Anlagen liegen voraussichtlich weniger als 2.500 Meter von der Gemeindegrenze entfernt, sodass in allen Fällen auch die Nachbarkommune(n) anteilig beteiligt werden wird (werden).

Anlage(n):

- 1 Übersicht der bestehenden/genehmigten/geplanten WEA
- 2 geplante Konzentrationszonen für die Windenergie in Beckum aus dem Entwurf zur 13. Änderung des FNP (grüne, gelbe und rote Flächen)
- 3 „Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit“ vom 21.09.2023

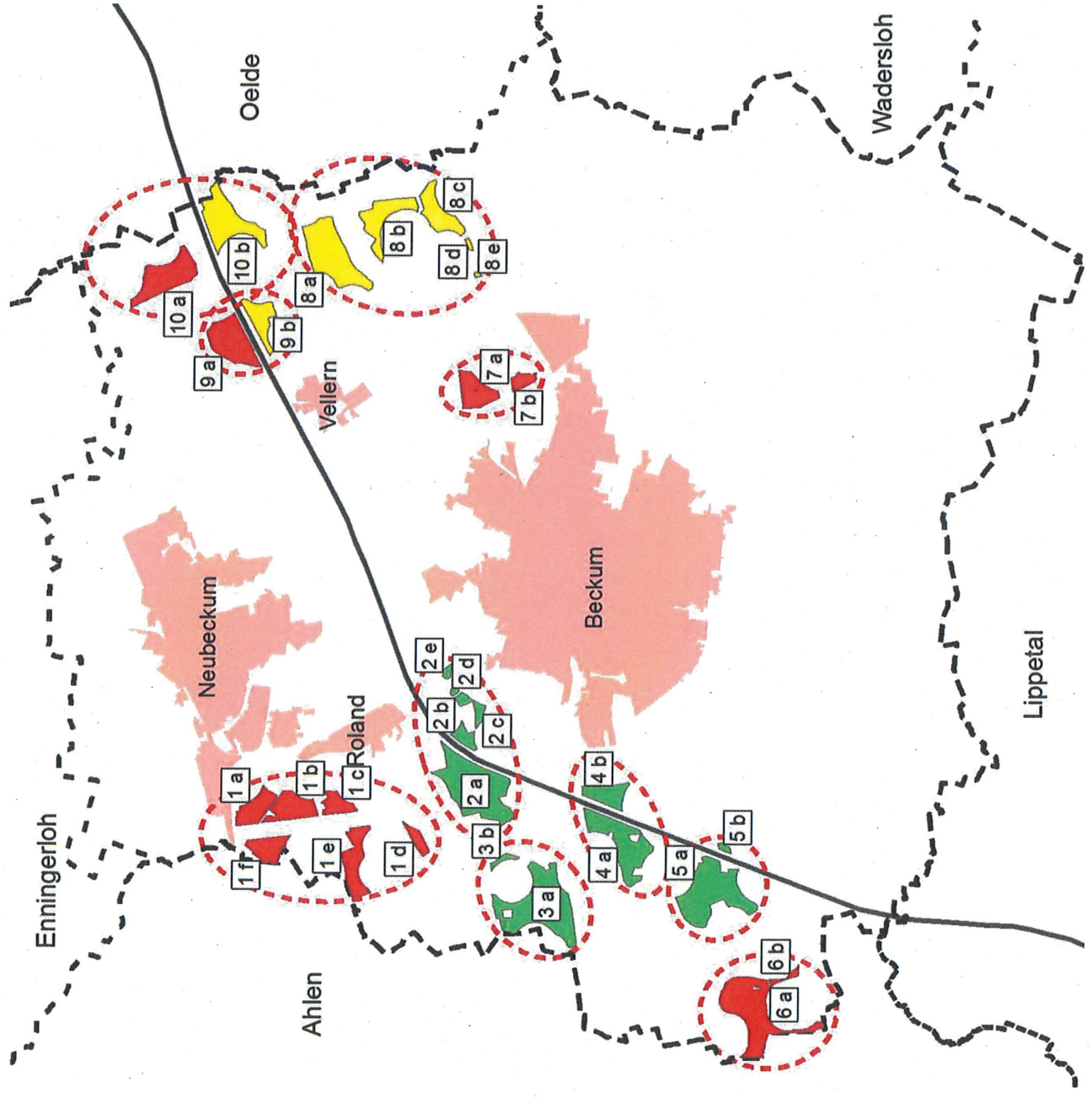
Legende

-  Gemeindegrenze
-  Windräder Bestand
-  Windräder genehmigt/ im Bau
-  Windräder aktuell geplant
-  Höhenzug Beckumer Berge



0 500 1000 2000m

Maßstab 1:20000



230

Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit bis zum Erreichen der Flächenbeitragswerte durch die Regionalplanung

(Erlass zur Lenkung des Windenergieausbaus in der Übergangszeit)

Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung und des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

Vom 21. September 2023

1. Gesicherter Flächenkorridor für den Windenergieausbau in Nordrhein-Westfalen auf Beschleunigungsflächen, Flächen der Regionalplan-Entwürfe und zusätzlicher kommunalen Flächen

Der Zubau von Windenergieanlagen erfolgt in Nordrhein-Westfalen ab sofort in einem gesicherten räumlich exakt definierten Flächenkorridor.

Bis zum Inkrafttreten der jeweiligen Regionalplanung (Übergangszeitraum) erfolgt der Zubau von Windenergieanlagen auf den Flächen, die Regionalplanungsträger in ihren Planentwürfen vorsehen. Voraussetzung hierfür ist ein Beschluss des regionalen Planungsträgers zu der Konzeption und den räumlich bestimmten Flächen. Nicht erforderlich ist das Vorliegen des Umweltberichts oder ein förmlicher Aufstellungsbeschluss nach § 19 Abs. 1 LPlG. Ebenfalls ausreichend ist der Eintritt der Voraussetzungen des § 245 e Abs. 4 BauGB.

Soweit solche Konzepte noch nicht vorliegen, erfolgt der Zubau auf den landesplanerisch identifizierten und exakt festgelegten Kernpotenzialflächen, als „Beschleunigungsflächen“. Dies sind in jeder Planungsregion die größten zusammenhängenden Windenergiepotenziale, bei denen im Hinblick auf die Eignung für die Windenergienutzung von einer Übernahme in die Plankonzepte der regionalen Planungsträger auszugehen ist. Solche Bereiche werden in jeder Planungsregion anteilig zu den von der Landesregierung vorgegebenen Teilflächenzielen in einem Umfang herangezogen, dass die Zielmarke von 200 Anlagen pro Jahr auch bereits in 2023 auf insgesamt 9000 ha sicher ermöglicht wird. Dabei sind die LEP-Festlegungen 10.2-7 (Waldarme Gemeinden) und 10.2-11 (Inanspruchnahme von Kommunen mit Windenergiebereichen) berücksichtigt.

Soweit sich für bestimmte Teilflächen abzeichnet, dass sie keinen Eingang in die regionalplanerische Konzeption finden sollen, kann der Regionalrat im Vorgriff auf sein Gesamtkonzept auch gestuft vorgehen und diese Flächen im Rahmen eines ersten Teilkonzeptes durch abweichende Flächen in mindestens gleichen Umfang ersetzen.

Eine NRW-Übersicht zu diesem Flächenkorridor kann unter folgendem Link eingesehen werden:

<https://landesplanung.nrw.de/erlass-zur-lenkung-des-windenergieausbaus-der-uebergangszeit>

Maßstabsbedingte Auslegungsspielräume dieser Karte sind zugunsten des Zubaus der Windenergie zu nutzen.

Von den Kommunen planerisch für die Windenergie vorgesehene Flächen stehen den vorgenannten Flächen in den Regionalplänen unter den Voraussetzungen des Grundsatzes 10.2-9 des LEP gleich und zählen damit ebenfalls zum gesicherten Flächenkorridor. Neu vorgesehene Flächen stehen den vorgenannten Flächen bereits unter den Voraussetzungen des § 245e Abs. 4 BauGB gleich.

Für diesen ab sofort zur Verfügung stehenden Flächenkorridor werden mit dem nachfolgenden Erlass folgende Regelungen getroffen:

Innerhalb dieses Flächenkorridors für den Windenergieausbau wird ein Windenergieausbau raumordnungsrechtlich bereits jetzt ermöglicht. Mit Blick auf das Planungsrecht gelten die Hinweise in Ziffer 2 unten.

Außerhalb dieser Flächen widerspricht der Zubau in der Übergangszeit dem Steuerungsziel, soweit dieses nicht anderweitig durch insbesondere das gemeindliche Einvernehmen gewahrt ist. Die Erteilung des Einvernehmens ist eine rechtlich determinierte Entscheidung, die sich gleichheitsgerecht (Art. 3 GG) an rechtlich geschützten Belangen der jeweils betroffenen Kommune, insbesondere dem Rechtsgut der Vermeidung übermäßiger Belastungen der Kommune bzw. deren Einwohnerinnen und Einwohner (LEP-Grundsatz 10.2-11) durch den konkret beabsichtigten Zubau zu orientieren hat. Die Entscheidung ist zu begründen.

Eine Aussetzung der Entscheidung über die Zulässigkeit von Windenergieanlagen kann dann auf der Basis einer Einzelfallprüfung nach § 36 Abs. 2 LPiG gegenüber der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbehörde angewiesen werden (siehe Ziffer 3 unten).

Nordrhein-Westfalen lenkt mit dem vorgenannten raumordnungsrechtlichen Ziel den Windkraftausbau in konkret definierte regional und kommunal gewollte Flächen und gibt soweit möglich Vorrang vor dem Zuwarten auf den formalen Abschluss der jeweiligen Planverfahren. Mit der Lenkung wird zudem dem großräumig geplanten Ausgleich der Nutzungsinteressen der Vorzug vor kleinräumigen Einzelfallentscheidungen gegeben und werden die weiteren Vorgaben der Landesplanung für eine gerechte bzw. ausgewogene Verteilung der Ausbauziele auf die einzelnen Planungsregionen (Ziel 10.2-2), der Vorgaben zur Austarierung der Ausbauziele mit naturschutzrechtlichen Belangen (Ziele 10.2-6, 10.2-7, 10.2-8, 10.2-9) und dem Grundsatz der Vermeidung übermäßiger Belastung einzelner Kommunen und deren Einwohnerinnen und Einwohner (Grundsatz 10.2-11) schnellstmöglich umgesetzt bzw. sollen erreicht werden.

2. Planungsrechtliche Hinweise zur Ermöglichung der Windenergie im vorgenannten Flächenkorridor

2.1 Umgang mit fehlerhaften Bauleitplänen

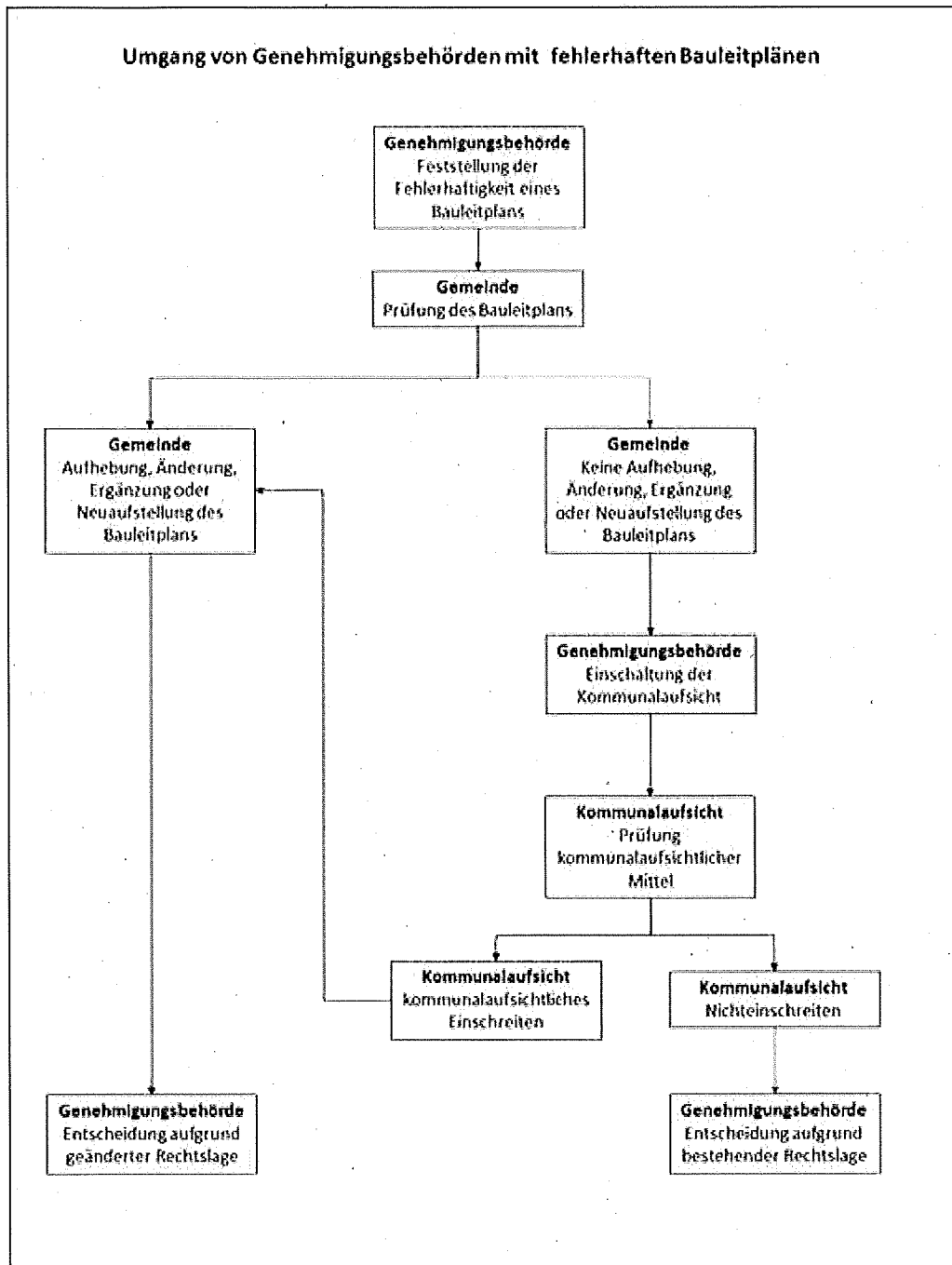
Bereits mit Erlass des vormaligen MBWSV vom 27.10.2016, VA3 -16.22.03 - 213/15, wurde klargestellt, dass die Verwaltung selbst wegen ihrer Bindung an Gesetz und Recht zur rechtlichen Prüfung von Bauleitplänen auf Vereinbarkeit mit höherrangigen Rechtsnormen verpflichtet ist („Normprüfungskompetenz“). Fraglich und auch in der Rechtsprechung umstritten ist indes, ob der Verwaltung auch eine sogenannte „Normverwerfungskompetenz“ zusteht. Das Bundesverwaltungsgericht hat es bislang vermieden, diese Frage einer grundsätzlichen Klärung zuzuführen.

Eine großzügige Handhabung einer behördlichen Normenverwerfung ist jedenfalls unter dem Gesichtspunkt der Rechtssicherheit nicht hinnehmbar. Es besteht die Gefahr einer unterschiedlichen Verwaltungspraxis.

Die Verwaltung ist deswegen grundsätzlich verpflichtet, alle Rechtsvorschriften einschließlich des untergesetzlichen Satzungsrechtes (zum Beispiel Bauleitpläne) solange zu beachten, als diese nicht von dem Satzungsgeber wieder aufgehoben oder abgeändert worden sind oder durch ein Gericht nach § 47 Absatz 5 Satz 2 VwGO mit allgemeiner Verbindlichkeit für unwirksam erklärt wurden.

Nur wenn die Rechtswidrigkeit eines Bauleitplans ausnahmsweise offensichtlich ist, die Gemeinde aber nicht tätig wird, kann dessen Bindungswirkung im Einzelfall entfallen. „Offensichtlichkeit“ liegt dann vor, wenn die Unwirksamkeit einer Norm „völlig eindeutig“ feststeht (OVG NRW, Urteil vom 30.06.2005 – 20A 3988/03).

Hierzu sind folgende Schritte erforderlich:



In Besonderheit für den Ausbau von Windenergieanlagen in Beschleunigungsflächen und in den Windenergiebereichen der Regionalplandentwürfe kann wegen der herausragenden Bedeutung des umgehenden Ausbaus für Klimaschutz, Energiewende und Wirtschaft (Ziel 10.2-13 der Landesplanung) von den zuständigen Genehmigungsbehörden in die Bewertung einbezogen werden, dass die Bekanntmachung der Genehmigung eines Teil-Flächennutzungsplanes fehlerhaft sein kann, weil der räumliche Geltungsbereich des Flächennutzungsplanes zur Darstellung von Konzentrationszonen für die Windenergie nicht ausreichend beschrieben wurde (siehe hierzu die konkrete Fallkonstellation der Entscheidung BVerwG, Urteil vom 29.10.2020, 4 CN 2/19). Das BVerwG hat darauf hingewiesen, dass die Bekanntmachung der Genehmigung eines Flächennutzungsplanes nach § 6 Abs. 5 Satz 1 BauGB ihren Adressaten den räumlichen Geltungsbereich der Darstellungen hinreichend deutlich machen muss. Stellt die Gemeinde bei einer Konzentrationszonenplanung mit der Wirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB kartographisch nur einen Ausschnitt ihres

Gemeindegebietes dar, wird sie jedenfalls im Text der Bekanntmachung deutlich machen müssen, dass die Darstellungen nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB rechtliche Wirkungen im gesamten Außenbereich entfalten. Des Weiteren führt das BVerwG aus, dass die Erklärung der Unwirksamkeit sich dabei nicht auf die Darstellungen des Flächennutzungsplans insgesamt erstrecken durfte. Denn möglicher Gegenstand einer statthaften Normenkontrolle gemäß § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO analog sei laut BVerwG allein (...) die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB an Standorten außerhalb der ausgewiesenen Flächen. Nur die Ausschlusswirkung, nicht aber die Ausweisung von Positivflächen entfalte die einer Rechtsvorschrift vergleichbaren Wirkungen (siehe Urteil des BVerwG, 29.10.2020, 4 CN 2.19, Rn. 24).

2.2 Frühzeitige Zulassung nach § 245e Abs. 4 BauGB

§ 245e Abs. 4 BauGB ermöglicht es, bereits während der Aufstellung von Raumordnungs- oder Flächennutzungsplänen mit neuen oder erweiterten Windenergiegebieten entgegen einer gemäß § 245e Abs. 1 S. 1 BauGB noch fortgeltenden Ausschlusswirkung Vorhaben zuzulassen, die voraussichtlich den Neuplanungen entsprechen. Im Falle der Aufstellung von Bebauungsplänen für die Windenergie ist weiterhin § 33 BauGB anzuwenden.

Voraussetzung für die Zulassung von Vorhaben während der Planaufstellung ist eine gewisse Planreife. Die Vorschrift setzt hier zum einen prozessual voraus, dass bereits eine Beteiligung nach § 3 Abs. 2, § 4 BauGB oder nach § 9 Abs. 2 ROG durchgeführt wurde. Somit muss sich das Verfahren in einem Stadium befinden, in dem sowohl die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB als auch die förmliche Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bzw. nach § 9 Abs. 2 und 3 ROG bereits durchgeführt wurde. Obwohl § 245e Abs. 4 BauGB pauschal auf § 4 BauGB verweist, wird § 4 Abs. 3 BauGB richtigerweise nicht mit in Bezug genommen. Dieser regelt eine Unterrichtungspflicht für den Zeitraum nach Abschluss des Verfahrens, während § 245e Abs. 4 BauGB ja gerade eine frühzeitige Zulassung vor Abschluss des Verfahrens ermöglichen will.

Materielle Anwendungsvoraussetzung für die Zulassung während der Planaufstellung ist gemäß dem Wortlaut der Vorschrift zudem die Annahme, dass das Vorhaben den künftigen Ausweisungen entspricht. Eine solche kann nur dann getroffen werden, wenn anzunehmen ist, dass zumindest die für das Vorhaben einschlägigen Teile des Plans vor dem Planbeschluss insbesondere aufgrund der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nicht mehr wesentlich verändert werden. Dies ist regelmäßig dann nicht der Fall, wenn die Voraussetzungen des § 4a Abs. 3 BauGB oder des § 9 Abs. 3 ROG vorliegen und der Plan aufgrund von Änderungen oder Ergänzungen, die sich potenziell auf das Vorhaben auswirken können, eine erneute Beteiligung durchlaufen muss. Obwohl § 245e Abs. 4 BauGB nicht auf § 4a Abs. 3 BauGB verweist, ist wegen der materiellen Anforderungen an die Planreife dann auch das Ergebnis dieser Beteiligung abzuwarten. Letztlich handelt es sich stets um eine einzelfallbezogene Prognose, zu welchem Zeitpunkt die hinreichende Planreife vorliegt.

Sind die vorgenannten Anwendungsvoraussetzungen des § 245e Abs. 4 BauGB erfüllt, können die Auswirkungen, die der Plan nach seinem Wirksamwerden für die Fortgeltung der Vorhabenzulässigkeit hätte, vorgezogen werden.

§ 245 Abs. 4 BauGB soll zur Beschleunigung des Windenergieausbaus in den Regionalplanänderungsverfahren zur Umsetzung der Flächenziele des Landesentwicklungsplan-Entwurfs besonders genutzt werden.

Bei Windenergieprojekten, für die Voraussetzungen dieser Regelung noch nicht vorliegen aber eine diesbezügliche Rechtslage zeitnah zu erwarten ist, sind die Beteiligten hinsichtlich einer einvernehmlichen Lösung zu beraten

3. Einzelfallprüfung für eine Aussetzung außerhalb des gesicherten Flächenkorridors

Im Rahmen der Ermessensentscheidung über die Anweisung über die Vornahme einer befristeten Aussetzung gemäß § 36 Abs. 2 LPIG und LEP-Ziel 10.2-13 ist wie folgt vorzugehen:

- a) Außerhalb des gesicherten Flächenkorridors für den Windenergieausbau (Gebietskulisse der regionalen Planungsträger, landesplanerisch identifizierten Kernpotenzialflächen/Beschleunigungsflächen, kommunale Windenergieflächen) kann die Entscheidung über die Zulässigkeit einer Windenergieanlage im Einzelfall ausgesetzt werden.
- b) Die Aussetzung der Entscheidung über die Zulässigkeit erfolgt im Einvernehmen mit der Gemeinde im Sinne von LEP Ziel 10-2.13 durch den Kreis oder die kreisfreie Stadt als zuständige immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde. Hierzu wird die Gemeinde im immissionsschutzrechtlichen Verfahren mit der dort üblichen Frist beteiligt. Erteilt die Gemeinde ihr Einvernehmen im Rahmen des BImSchG-Genehmigungsverfahrens, ist keine weitere Prüfung einer Vereinbarkeit mit LEP-Ziel 10-2.13 erforderlich.
- c) Verweigert die Gemeinde ihr Einvernehmen im Hinblick LEP Ziel 10-2.13, prüft die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde dies und beteiligt die Bezirksregierung. Die Bezirksregierung prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen und die Regelungen dieses Erlasses für eine Aussetzung erfüllt sind. Bejaht sie dies, bittet sie ein noch einzurichtendes Vermittlerteam innerhalb einer angemessenen Frist (in der Regel 1 Monat) auf eine einvernehmliche Regelung hinzuwirken. Näheres zur Organisation des Vermittlerteams regelt die Landesplanungsbehörde durch eine Geschäftsordnung.
Kommt eine einvernehmliche Regelung nicht zu Stande, weist sie unter Ausübung ihres pflichtgemäßen Ermessens die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde nach § 36 Abs. 2 LPIG an, die Entscheidung über die Zulässigkeit des beantragten Vorhabens befristet auszusetzen. Hierbei ist der Vorhabenträger von der Immissionsschutzbehörde nach § 28 VwVfG NRW anzuhören. Solange keine Anweisung der Bezirksregierung erfolgt ist, hat die immissionsschutzrechtliche Genehmigungsbehörde den Genehmigungsantrag weiter zu bearbeiten. Die Genehmigungsentscheidung wird nicht vor Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Monatsfrist für die Fachbehördenbeteiligung nach § 10 Abs. 5 BImSchG iVm § 11 der 9. BImSchV, d.h. nicht vor Ablauf eines Monats nach Beteiligung der Bezirksregierung getroffen.
- d) Eine befristete Aussetzung bemisst sich nach dem voraussichtlichen weiteren Zeitbedarf des betreffenden Regionalplans und den gesetzlichen Fristen. Sie ist

längstens bis zur Feststellung der Flächenbeitragswerte der Planungsregion (Ziel 10.2-2) oder bis zum 01.06.25 vorzunehmen. Die Bezirksregierung hebt bestehende Anweisungen zur Aussetzung auf, sobald das Vorhaben innerhalb einer der von den regionalen Planungsträgern vorgesehenen Gebietskulisse liegt oder das Einvernehmen der Gemeinde nachträglich erteilt wird. Die Aufhebung der Anweisung ist als auflösende Bedingung in die Aussetzungsverfügung aufzunehmen.

- e) Bei der Anwendung des § 36 LPlG durch die Bezirksregierungen ist der allgemeine verwaltungsrechtliche Grundsatz des Vertrauensschutzes zu berücksichtigen. Damit soll vermieden werden, dass Vorhaben, die zum Zeitpunkt des 6. Juni 2023 zulässig waren, durch die Einführung des Steuerungsinstruments für die Übergangszeit (Ziel 10.2-13 „Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum“ des LEP-Entwurfs) aber auszusetzen wären, zum Gegenstand von Maßnahmen nach § 36 LPlG zum Schutz des Ziels 10.2-13 „Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum“ des LEP-Entwurfs gemacht werden.

Erforderlich für das Vorliegen von Vertrauensschutz ist dabei stets eine durch staatliches Handeln oder Unterlassen geschaffene Vertrauensgrundlage sowie eine Betätigung dieses Vertrauens.

Die Grundsätze des Vertrauensschutzes gelten damit für Windenergievorhaben für die, als Betätigung des Vertrauens, bis zum 6. Juni 2023 vollständige Genehmigungsunterlagen im Sinne von § 7 der 9. BImSchV vorlagen und für die zu diesem Zeitpunkt bei einer verständigen Gesamtabwägung aufgrund der Umstände vor Ort ein gefestigtes schutzwürdiges Vertrauen der Antragstellenden in die planungsrechtliche Zulässigkeit des Vorhabens fortbestand.

1. Fallkonstellation: Ein gefestigtes schutzwürdiges Vertrauen liegt jedenfalls vor, wenn das Vorhaben spätestens am 15. Juni 2022 (Beschluss des Bundeskabinetts über den Entwurf des Gesetzes zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land) konkreten Ausweisungen des Bauplanungsrechts der betroffenen Kommune sowie überörtlichem Planungsrecht entsprach. Bis dahin kann jedenfalls von einem gefestigten Vertrauen in eine konstante planungsrechtliche Grundlage ausgegangen werden, soweit diese nicht durch nachträglich eintretende Gründe entkräftet wird.

2. Fallkonstellationen: Darüber hinaus kann ein schutzwürdiges Vertrauen auch dann angenommen werden, wenn durch staatliches Handeln oder Unterlassen begründete Umstände vorliegen, die auf Basis einer Gesamtabwägung aller Umstände eine vergleichbare Vertrauensgrundlage schaffen. Dabei kommt staatlichem Handeln, das eine bestimmte für die Zukunft bestehende gefestigte Rechtslage nahelegt, eine entscheidende Bedeutung zu. Abwägungsrelevant in der geschilderten Gesamtabwägung sind etwa Erlasse der Landesregierung und staatliches Handeln auf anderen Ebenen, etwa den Kommunen. Wichtige Indizien für die Auslegung solchen Handelns kann auch das eigene Verhalten des Antragstellers, etwa sein Bemühen um Herstellung des Einvernehmens mit der betroffenen Kommune sowie die vor Ort erkennbaren Verhältnisse (erkennbar entstehende Umzingelungswirkung durch das Vorhaben, erkennbare Überlastung einer einzelnen Gemeinde insbesondere unter die

Berücksichtigung von Vorbelastungen durch das Vorhaben) sein. Im Regelfall kann bei vollständigen Genehmigungsunterlagen von Vertrauensschutz ausgegangen werden. Ausnahmen können vorliegen, wenn bereits vor der Einreichung entsprechender Unterlagen, jedenfalls jedoch innerhalb ortsüblicher Bearbeitungsfristen, das konkrete Projekt betreffend eine schlüssig begründete ablehnende Positionierung der betroffenen Kommune oder der zuständigen Genehmigungsbehörde (auch unter Berücksichtigung von § 2 EEG) erkennbar wurde oder sonstige dem Vertrauen entgegenstehende im örtlichen und überörtlichen Planungsrecht und planerischen Situation begründete wesentliche Umstände erkennbar geworden sind.

Praktische Bedeutung kommt dem etwa im Zusammenhang mit der Regelung zu den Kalamitätsflächen im LEP-Erlass Erneuerbare Energien vom 28. Dezember 2022 zu. Dort ist festgehalten, dass unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung des Ausbaus und der Nutzung der erneuerbaren Energien, im Regelfall davon ausgegangen werden kann, dass diese Kalamitätsflächen bei Abwägungsentscheidungen in Plan- und Genehmigungsverfahren im Ergebnis für Zwecke der Windenergienutzung umgewandelt werden können. Dies legt für einen Antragstellenden zwar nahe, dass der Errichtung von Windenergieanlagen auf solchen Flächen zukünftig planerische Hinderungsgründe nicht entgegenstehen. Aufgrund der Unterschiedlichkeit und Sensibilität dieser Flächen müssen dennoch weitere Indizien hinzukommen, um das Vertrauen hinreichend abzusichern. Liegt etwa ergänzend ein die vorgenannte Annahme stützendes Verhalten auf kommunaler Ebene vor, kann im Rahmen einer Gesamtabwägung Vertrauensschutz zu gewähren sein, wenn die die Genehmigungsunterlagen ab dem 28. Dezember 2022 eingereicht wurden.

Hingewiesen wird auf die Zulässigkeit eines Repowering unter den Voraussetzungen des § 245 e Abs. 3 BauGB auch außerhalb der Windenergiegebiete der Regional- und Bauleitplanung. Eine Zurückstellung ist dann ausgeschlossen.

Eine etwaige Entschädigungspflicht aufgrund einer unzulässig angeordneten Zurückstellung trägt stets das für Fragen erneuerbarer Energien zuständige Ressort (und nicht die lediglich ausführenden Kreise oder kreisfreien Städte oder ihr Einvernehmen verweigernden Kommunen). Auch aus der Berücksichtigung der Ziffer 2.1. dieses Erlasses sich ergebende mögliche staatliche Entschädigungspflichten trägt bzw. übernimmt das für Fragen erneuerbarer Energien zuständige Ressort. Dies gilt unabhängig der Rechtsgrundlage der Verpflichtung (§§ 35 f. LPIG, § 39 OBG, sonstige Amtshaftungsansprüche).

4. Berichtspflicht

Die Bezirksregierungen berichten monatlich an MWIKE zu den beabsichtigten Zurückstellungen. Dies insbesondere zu der beabsichtigten Gewährung des Vertrauensschutzes im Sinne von 3. e) dieses Erlasses.

5. Evaluationspflicht

Dieser Erlass und seine Rechtswirkungen im Hinblick auf die Umsetzung des LEP-Ziels 10.2-13 „Steuerung der Windenergienutzung im Übergangszeitraum“ sind durch das Ministerium

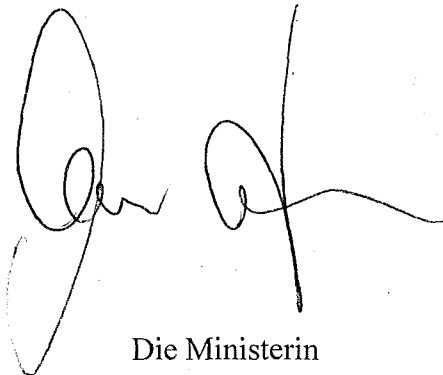
für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie unter Beteiligung aller weiterer betroffenen Ressorts bis spätestens zum 31. Dezember 2023 und sodann alle sechs Monate zu evaluieren.

6. Inkrafttreten

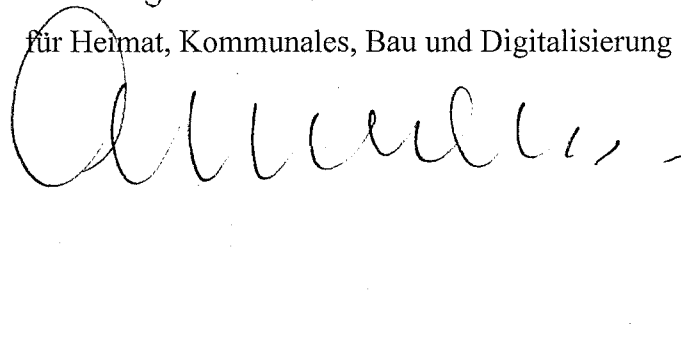
Dieser Runderlass tritt am 21. September 2023 in Kraft.

Düsseldorf, 21. September 2023

Die Ministerin
für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie



Die Ministerin
für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung



Der Minister
für Umwelt, Naturschutz und Verkehr

